

Bringen die US-Flächen günstigen Wohnraum?

Podium und Publikum sehen die Stadt in der Pflicht – Mehr „Politikentschlossenheit“ gefordert

dns. In Heidelberg fehlen Wohnungen, insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen. Welche Chancen bieten die frei werdenden US-Flächen, um dieses Problem anzugehen? Um diese Frage ging es am Mittwochabend bei einer Diskussion in der Stadtbücherei im Rahmen der Aktionswoche gegen Altersarmut. Auf dem Podium saßen der Studiendekan der SRH für Internationales Wirtschafts- und Unternehmensrecht, Martin Albert, der Sozial- und Städteplaner Andreas Strunk, der Immobilienunternehmer Andreas Epple und Bruno Krüger von der Baugenossenschaft Neu Heidelberg.

Martin Albert warf ein Schlaglicht auf Armut und Armutsrisiko in Heidelberg. Die Stadt stehe zwar gut da, bleibe aber von dem allgemein steigenden Armutsrisiko nicht verschont. Schon 2005 seien etwa 11 600 Menschen von Armut bedroht oder arm gewesen. Diese Menschen seien es, für die bezahlbarer Wohnraum fehle. Im Abzug der US-Army sah Albert eine

große Chance, das zu ändern: „Die neuen Flächen bergen da großes Potenzial.“

Der Sozial- und Städteplaner Andreas Strunk unterstrich die Bedeutung, die ein Wohnraumversorgungskonzept haben könnte. So würde ein Grundkonsens zwischen Stadtverwaltung und Wohnungswirtschaft, aber auch zwischen den verschiedenen Ämtern hergestellt. Mit einem solchen Konzept könne die Stadt gezielt Wohnraum nach Bedarf entwickeln. Einer zu starken Bürgerbeteiligung erteilte der Professor eine Absage – und forderte stattdessen mehr „Politikentschlossenheit“, wie zum Beispiel in Mannheim, wo die Stadt gleich gesagt habe: „Wir kaufen alle Flächen“.

Der Immobilienprofi Andreas Epple stellte klar, dass der Markt in Heidelberg für untere Einkommen keine geeigneten Wohnungen schaffen würde – dafür sei der Wohnraum in der Stadt einfach zu attraktiv. Deshalb sah Epple die Stadt in der Pflicht: „Es muss schnell Einmütig-

keit in der Politik erzielt und gehandelt werden, um die neuen Gebiete entwickeln zu können.“

Bruno Krüger als Vertreter der Genossenschaften lobte die Leitlinien, die für die Bebauung der neuen Flächen erarbeitet wurden, und mahnte deren Umsetzung an. „Familienfreundlich, sozial ausgewogen und preiswerter Wohnraum – das sind gute Schlagworte, aber dabei darf es nicht bleiben“, sagte er. Die Genossenschaften hätten ein begründetes Interesse daran, die Gebiete mitzuentwickeln. Man wolle ein Korrektiv darstellen und helfen, die hohen Mieten nach unten zu drücken.

Einig waren sich alle Podiumsteilnehmer und das Publikum darin, dass die Stadt schnell aktiv werden und die Flächen komplett kaufen müsse. Nur so könne gewährleistet werden, dass diese nicht meistbietend verkauft, sondern auch im Sinne der ärmeren Bevölkerung entwickelt würden.